

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/794

A17, A02

verbraucherzentrale *Nordrhein-Westfalen*

**Stellungnahme
zur Anhörung
des Ausschusses für
Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume**

**zum Antrag
der Fraktion der CDU
und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**„Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in
Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen“ (Drucksache 18/4558)**

**am 18. September 2023
im Landtag Nordrhein-Westfalen**

Kontakt

*Wolfgang Schuldzinski
Vorstand*

*Mintropstraße 27
40215 Düsseldorf*

*Tel. 0211/ 91380-1200
Fax: 0211/ 913809-1242
vorstand@verbraucherzentrale.nrw
www.verbraucherzentrale.nrw*

Düsseldorf, im September 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit, zum Antrag „Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen“ (Drucksache 18/4558), nachfolgend Stellung zu nehmen.

Die Verbraucherzentrale NRW arbeitet seit über 60 Jahren in der Information und Beratung von Verbraucher:innen. Das wichtigste Merkmal der Verbraucherzentrale NRW ist ihre Unabhängigkeit von Anbietern, die nicht nur in ihrer Satzung sichergestellt, sondern auch im täglichen Beratungsalltag gelebt wird. Als gemeinnützig anerkannter Verein ist sie keinen kommerziellen Interessen verpflichtet und frei von Verkaufsabsichten. Vor dem Hintergrund der Verbraucherarbeit zu den UN-Nachhaltigkeitszielen hat sich die Verbraucherzentrale NRW in den vergangenen Jahrzehnten als wichtiger Stakeholder im Bereich des nachhaltigen und klimafreundlichen Konsums etabliert. Gemäß ihrem Leitbild setzt sie sich zum Ziel, Verbraucher:innen bei der Umsetzung von zukunftsfähigen und verantwortungsvollen Konsum- und Lebensstilen zu unterstützen. Sie wird damit ihrer Scharnierfunktion zwischen individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Anforderungen in besonderem Maße gerecht. Sowohl Verbraucher:innen als auch Medien und Öffentlichkeit schätzen das sich über Jahrzehnte angesammelte fachliche Knowhow in den Bereichen Umwelt, Klima, Energie, Finanzen, Ernährung und Mobilität.

In 63 Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist die Verbraucherzentrale NRW eine verlässliche Ansprechpartnerin für Bürger:innen rund um ihre Fragen und Herausforderungen im Konsumalltag. Das flächendeckende Beratungsstellennetz mit zahlreichen Spezialberatungsangeboten u. a. in den Bereichen Energie, Energiearmut, Schuldner- und Existenzsicherungsberatung, Klimaanpassung, Finanzen und Umwelt hilft den Menschen bei ihren konkreten Anliegen und stellt ein wichtiges Fundament für eine bürgernahe Nachhaltigkeitstransformation in NRW dar. Wir beobachten, dass zunehmend Menschen den Weg zu uns finden, die mit steigenden Kosten, Fallstricken und der Komplexität der Marktangebote überfordert sind.

Für den Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaften und einer gesellschaftlichen Transformation sind vor allem Strukturveränderungen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheidend, für die es entsprechender politischer Unterstützung und Entscheidungen bedarf. Dazu gehören finanzielle Anreize (Förderungen/Sanktionen) und verbindliche höhere Produktionsstandards. Auch in der Werbung ist mehr Regulierung notwendig, um mehr Transparenz zu schaffen, Greenwashing zu vermeiden, und damit die Verbraucher:innen in ihrer Souveränität zu stärken. Die nachhaltigere Wahl muss die einfachere Wahl werden. Ein besonderes Augenmerk gilt es hier auf die zunehmende Zahl verletzlicher Verbraucher:innen auf der Nachfrageseite des Marktes zu richten, die in der Transformation einer besonderen Unterstützung bedürfen, um sie nicht noch mehr „abzuhängen“.

Ein weiterer wichtiger Beitrag sind konkrete Informations-, Bildungs- und Beratungsarbeit. Voraussetzung für eine umfassende Bildungsarbeit ist die dauerhafte Verankerung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsinhalten/Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Curricula und Lehrplänen von Aus- und Weiterbildung, betrieblicher Bildung und Studium. Parallel dazu müssen die Lehrenden entsprechend qualifiziert werden. Die Einbindung außerschulischer Partner ist ein wichtiges Element. Auch hier muss sichergestellt werden, dass Bildungsangebote nicht als Einfallstor für Marketingzwecke missbraucht werden.

Die Umweltberatung als eines von vielen Spezialangeboten der Verbraucherzentrale unterstützt an 21 Standorten die Kommunen bei Nachhaltigkeitsvorhaben und ist Anwältin für die Position der Verbraucher:innen im Transformationsprozess. Eine Arbeit, deren Bedeutung wächst, je konkreter und umfassender die Veränderungen im Konsumalltag werden und werden müssen.

Die Ankündigung, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger:innen weiterzuentwickeln, begrüßen wir sehr. Menschen erhalten dadurch die Möglichkeit den Transformationsprozess selbst mitzugestalten. Wir beobachten eine zunehmende Zahl an Initiativen, die sich für das Gemeinwohl, die Nachhaltigkeitstransformationen und neue Konsum- und Nutzungsformen einsetzen. Dieses Engagement muss gefördert, ausgeweitet und bekannt gemacht werden. Verbraucher:innen müssen in ihrer wichtigen Rolle im Transformationsprozess gestärkt werden.

NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE NRW

Im Folgenden möchten wir einige wichtige Aspekte, mögliche Maßnahmen und potenzielle Indikatoren zu verschiedenen SDGs ergänzen sowie in die Debatte einbringen, die unseres Erachtens nach für eine nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und damit für die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie NRW von Bedeutung sind. Wir nehmen Bezug auf folgende Themenfelder, die die Verbraucherarbeit in NRW betreffen:

SDG1 - Armutsbekämpfung	Zugang zur Schuldner- und Insolvenzberatung	Seite 4
SDG 2 - Nachhaltige Ernährung und Landwirtschaft	Ernährungsarmut analysieren und bekämpfen / Nachhaltige Ernährung und Landwirtschaft / Ernährungsstrategie / Außer-Haus-Verpflegung / Regionale Wertschöpfungsketten	Seite 6
SDG 6 – Sauberes Wasser	Regenwasserbewirtschaftung / Umgang mit Abwasser / Entsiegelung / Zugang zu Trinkwasser	Seite 11
SDG 7 – Nachhaltige Energie	Regenerative Energien ausbauen / Energieverbrauch senken / Effizienz steigern / Energiearmut bekämpfen	Seite 12
SDG 12 - Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster	Circular Economy / Gebrauchtwarenkauf/ Wiederverwendung / Reparatur / Ökodesign / Bürgerschaftliches Engagement	Seite 15
SDG 13 - Klimaschutz und Klimaanpassung	Starkregenvorsorge / Dach-/Begrünung	Seite 18

SDG 1. Armut in all ihren Formen und überall beseitigen - Kurzfassung NRW: Armutsbekämpfung

Zugang zu Schuldner- und Insolvenzberatung

Zu SDG 1 heißt es in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie: „Nordrhein-Westfalen steht vor der Herausforderung, auf Landes- und kommunaler Ebene einer sich zunehmend verfestigenden Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken.“ Als Maßnahmen werden ein Förderprogramm gegen Kinderarmut und eine Initiative gegen Wohnungslosigkeit genannt. Ein weiterer für Armutsbekämpfung – und damit für eine entsprechende Strategie - relevanter Aspekt ist der Kampf gegen Überschuldung. Hierzu gehören ein verbesserter Zugang zur Schuldner- und Insolvenzberatung sowie ein Rechtsanspruch auf diese Beratung für alle Überschuldeten.

Überschuldungssituation

Überschuldung ist ein Massenphänomen. Aktuell gelten 10,1 Prozent der Erwachsenen in NRW als überschuldet, das sind 1,5 Millionen Menschen.¹ Damit liegt NRW über dem Bundestrend von 8,5 Prozent. Zu den zehn Städten mit der höchsten Überschuldung zählen fünf aus NRW - Gelsenkirchen liegt auf Rang zwei. Bei den zehn Großstädten über 400.000 Einwohner belegt NRW mit Duisburg, Essen und Dortmund die ersten drei Plätze. Mit den weiter steigenden Preisen – insbesondere für Lebensmittel – steigt auch das Überschuldungsrisiko. In der jüngsten Erhebung der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände² (AG SBV, auch die Verbraucherzentralen sind Mitglied) unter den gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen berichteten zwei Drittel von ihnen von einer deutlich höheren Nachfrage als vor sechs Monaten. Bei einem Fünftel stieg die Nachfrage um über 30 Prozent.

Ohne Hilfe einer anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle in gemeinnütziger Trägerschaft können Betroffene das Problem meist nicht lösen. Eine Strategie zur Armutsbekämpfung für NRW muss daher ausreichenden Zugang zu diesem Beratungsangebot sicherstellen. Denn trotz des erwiesenen Nutzens für Betroffene und Gesellschaft, stehen Schuldner- und Insolvenzberatung weder bedarfsgerecht noch flächendeckend zur Verfügung.

Zugang zur Schuldnerberatung

Kommunen sind nur für Empfänger:innen von Sozialleistungen nach SGB II oder XII verpflichtet, ein entgeltfreies, qualifiziertes Angebot der Schuldnerberatung zu finanzieren. Erwerbstätige, Rentner:innen oder Kleinselbständige sind hiervon nicht erfasst. Ob sie Zugang erhalten, hängt davon ab, ob ihre Kommune dies als freiwillige Leistung anbietet. Das geschieht jedoch zu selten. Ein Grund dafür ist, dass gerade die Kommunen mit besonders hohen Überschuldungsquoten und entsprechendem Beratungsbedarf oft über die geringsten Haushaltsmittel für solche Aufgaben verfügen. Ferner sind viele ländliche Regionen unzureichend versorgt.

In der Folge suchen Betroffene in ihrer Notlage häufig unseriöse gewerbliche Anbieter auf und werden dort Opfer von mangelhafter Beratung oder überzogenen Honorarforderungen. Dass Überschuldete nur Hilfe bekommen, wenn sie in einer bestimmten Region wohnen oder soziale Leistungen beziehen, ist nicht akzeptabel.

Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatung

Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass das NRW-Familienministerium das Kontingent der Fachkräfte für Verbraucherinsolvenzberatung seit 2022 um rund 50 Prozent aufgestockt hat. Da aber jede Insolvenzberatung Teil einer Schuldnerberatung ist, bedarf es parallel auch für diese einer dauerhaften Erhöhung der kommunalen Mittel. Zudem werden zwar die Festbeträge, mit denen Insolvenzberatungskräfte derzeit finanziert werden, ab 2024 erhöht. Dies berücksichtigt jedoch noch nicht ausreichend die jährlichen Kostensteigerungen zum Beispiel durch Tarifierhöhungen.

Trennung von Schuldner- und Insolvenzberatung beenden

In NRW existiert eine künstliche Trennung: Für Schuldnerberatungen sind die Kommunen zuständig, für Insolvenzberatungen das Land NRW. Dabei ist beides eng miteinander verknüpft und wird in der Regel von denselben Beratungskräften durchgeführt. Eine Zusammenlegung – wie in Bayern erfolgt – würde Synergieeffekte und damit Kosteneinsparpotenziale nutzen, den Bürokratieaufwand deutlich senken und die Arbeit der Träger erleichtern.

Vereinbarungen zum Thema im Koalitionsvertrag

Ab Zeile 1625: „Das Angebot der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung werden wir ausbauen und den Kreis der Zugangsberechtigten erweitern. Zusätzlich werden wir die Zusammenlegung der Schuldner- und Insolvenzberatung zeitnah organisieren.“

Ab Zeile 2476: „Die Schuldner- und Insolvenzberatung werden wir weiter stärken und zusammenführen.“

Hier wünschen wir uns eine zügige Umsetzung.

Ein Rechtsanspruch für alle Überschuldeten und eine deutliche Stärkung der Finanzierung von Schuldner- und Insolvenzberatung würde einer besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppe helfen, ihre finanzielle Situation wieder in den Griff zu bekommen – und zugleich mittelfristig Staat und Sozialkassen entlasten.

Lösungsansätze und Maßnahmen auf Landesebene

- ✦ Wie im Koalitionsvertrag vereinbart Sicherstellung einer dauerhaft besseren finanziellen Ausstattung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in NRW.
Indikator: Finanzielle Ausstattung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung
- ✦ Wie im Koalitionsvertrag vereinbart Zusammenlegung von Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in NRW.
- ✦ Einsatz der Landesregierung bei der Bundesregierung für die Einführung eines Rechts auf qualifizierte kostenfreie Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung bei einem anerkannten Träger für alle von Überschuldung betroffenen Menschen.

SDG 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern - Kurzfassung NRW: Nachhaltige Ernährung und Landwirtschaft

Diese Stellungnahme bezieht sich vor allem auf SDG 2 – „Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen“. Materielle und soziale Ernährungsarmut sind Realität für Millionen Menschen in NRW. Ernährungsarmut muss bekämpft und verhindert werden, um Teilhabe und Partizipation sowie Chancengerechtigkeit (faire Bildungs-, Gesundheits-, Arbeits- und Lebenschancen) zu fördern. Zudem gilt es, die Kosten der Ernährungswende in der Gesellschaft gerecht zu verteilen. Betroffen sind daher auch SDG 1 (Armut bekämpfen), SDG 3 (ein gesundes Leben für alle gewährleisten), SDG 10 (Ungleichheit verringern), und in zweiter Linie SDG 12 (nachhaltigen Konsum).

Nach SDG 2 sollen bis 2030 nachhaltige Landwirtschafts- und Ernährungssysteme etabliert und die Resilienz erhöht werden. Hierzu ist es notwendig die Bodenqualität, den Erhalt der Ökosysteme sowie die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen (Dürren, Überschwemmungen etc.) zu verbessern. Maßnahmen sollen das Funktionieren des Nahrungsmittelmarktes und den Zugang zu Marktinformationen erleichtern, um extreme Schwankungen von Nahrungsmittelpreisen zu verhindern. Mit den Zielen einer Nachhaltigen Ernährung sind SDG 3 Gesundheit und Wohlergehen und SDG 12 nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12) verbunden.

Ernährungsarmut in NRW

Die verschiedenen Dimensionen der Armut verstärken sich gegenseitig. In NRW waren 2022 18,7 Prozent der Bevölkerung (3,3 Mio. Menschen) von Armut betroffen oder bedroht, darunter 25,9 Prozent der Kinder und Jugendlichen.³ Armut erhöht erheblich die Vulnerabilität gegenüber Ernährungsarmut und ihrer gesundheitlichen Folgen. Rund drei Millionen Menschen sind in Deutschland von materieller Ernährungsarmut betroffen⁴, über zwei Millionen sind auf Tafeln angewiesen – 600.000 Personen allein in NRW.⁵ Ein Großteil der Menschen, die armutsbetroffen bzw. -gefährdet sind, ist von Ernährungsarmut betroffen. Eine genaue Datengrundlage zu Ernährungsarmut in Deutschland und NRW fehlt.⁶

Die Preissteigerungen der letzten zwei Jahren und die Folgen der Corona-Pandemie haben die Lage zugespitzt. In diesem Zeitraum sind Lebensmittel um 28 Prozent teurer geworden und die Preise verharren auf einem hohen Niveau.⁷ Dazu summieren sich die Teuerungen in anderen Lebensbereichen, insbesondere bei Energie und Wohnen. Haushalte mit geringen finanziellen Ressourcen haben weniger Anpassungsmöglichkeiten gegenüber diesen Entwicklungen und sind besonders stark belastet. In NRW gaben bspw. Im Jahr 2021 Privathaushalte mit monatlichem Nettoeinkommen unter 1.500 Euro rund 17 Prozent davon für Lebensmittel aus. Der entsprechende Anteil aller privaten Haushalte des Landes lag 2021 bei knapp 10 Prozent.⁸

Materielle Ernährungsarmut bedeutet, dass es den Menschen aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht möglich ist, sich gesundheitsförderlich zu ernähren. Damit einher geht häufig soziale Ernährungsarmut, welche Ausschließung von sozialer Teilhabe bedeutet – denn Essen ist ein essentieller Teilhabemechanismus.⁹ Menschen in (Ernährungs-) Armut werden zudem aus dem politisch beabsichtigten nachhaltigen Konsum ausgeschlossen. Ein integrativer Blick auf beide Dimensionen ist daher essentiell. Zu den Ursachen von Ernährungsarmut

zählen ein niedriger sozio-ökonomischer Status, mangelnde Ernährungskompetenzen, familiäre Probleme, infrastrukturelle Rahmenbedingungen und defizitäre Ernährungsumgebungen. Studien zeigen, dass eine gesunde Ernährung in Deutschland teurer ist als eine ernährungsphysiologisch ungünstige.¹⁰ Die realen Kosten einer gesunden, nachhaltigen Ernährung werden in der Berechnungsgrundlage der Grundsicherung jedoch nicht berücksichtigt. Je niedriger der sozioökonomische Status, desto quantitativ und qualitativ ungünstiger ist die Ernährung und desto höher ist das Risiko von Fehlernährung, Übergewicht- und Adipositas, sowie die Erkrankungs- und Sterbewahrscheinlichkeit allgemein. Die langfristigen Konsequenzen für Chancengleichheit, Bildungserfolge und Teilhabe am Arbeitsmarkt – zentrale Hebel zur Vermeidung sozialer Ungerechtigkeit in Form von Armut – sind, vor allem für Kinder und Jugendlichen aber auch für die gesamte Gesellschaft, dramatisch.¹¹

Die Hintergründe der stark gestiegenen Lebensmittelpreise und deren Auswirkungen auf die Ausweitung von Ernährungsarmut sowie entsprechende Forderungen der Verbraucherzentrale NRW sind im Positionspapier „Gutes Essen für alle in NRW“ veröffentlicht.¹²

Lösungsansätze und Maßnahmen auf Landesebene und mögliche Indikatoren

Die Bekämpfung von materieller und sozialer Ernährungsarmut und die Gewährleistung der Ernährungssicherheit sollen als Schwerpunkte in der NRW Nachhaltigkeits- und Ernährungsstrategie verankert werden.

Die Erfassung und ein kontinuierliches Monitoring der Ernährungssituation in NRW-Haushalten sollen entwickelt und zu festem Teil der Sozialberichterstattung des Landes werden.

Indikator: Ernährungssituation in NRW-Haushalten (Ernährungssicherheitsgrad, Determinanten, Konsequenzen, Prävalenz, Korrelation mit sozio-ökonomischen und geographischen Merkmalen)

Konkrete, konsistente, verbindliche Ziele sollen festgelegt und die Wirksamkeit der Maßnahmen durch ein konsequentes Monitoring analysiert werden.

Stärkung der Inanspruchnahme der Gemeinschaftsverpflegung

Unbürokratische finanzielle Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten, um ihre Inanspruchnahme von Gemeinschaftsverpflegungsleistungen zu fördern.
Indikator: Finanzvolumen und Inanspruchnahme eines Förderprogramms

Ausweitung der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) durch Ausweitung der Förderung und Abbau bürokratischer Hürden.
Indikator: Finanzvolumen und Inanspruchnahme eines Förderprogramms BuT

Einführung von Ferienprogramme, um Kinder aus vulnerablen Haushalten eine Betreuung inklusive warmen Mahlzeiten während der Ferien anzubieten.
Indikator: Finanzvolumen und Inanspruchnahme Ferienprogramme

Stärkung der Ernährungssicherung vulnerabler Gruppen

- Ausweitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch.
Indikator: Finanzvolumen und Inanspruchnahme zur Förderung des EU-Schulprogramms
- Kostenloses Frühstücksangebot in Kitas und Schulen für Kinder und Jugendlichen aus vulnerablen Haushalten.
- Kostenloses Essen-auf-Rädern und Mittagstische für Senior:innen in Grundsicherung und mit kleinen Renten, ggf. in Gemeindezentren, Schulkantinen, Mensen oder Betriebskantinen angeboten.
Indikator: Finanzvolumen und Inanspruchnahme eines Förderprogramms
- Unterstützung von Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen dennoch ohne Anspruch auf Transferleistungen, ggf. in Form von Einkaufsgutscheinen für Nahrungsmittel oder kostenloses Gemüse und Obst, wo möglich aus der Region.
Indikator: Finanzvolumen und Inanspruchnahme eines Förderprogramms

Nachhaltige Ernährung

In der Nachhaltigkeitsstrategie für NRW wird zwar in einer Überschrift (S. 23) *Nachhaltige Ernährung* genannt, allerdings nur indirekt über die Stärkung des Angebotes von Biolebensmitteln, der Reduzierung von Lebensmittelabfällen und einer nachhaltigen Beschaffung adressiert. Das Ziel einer Nachhaltigen Ernährung erfordert jedoch eine insgesamt nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft vom Feld bis auf den Teller sowie ein nachhaltiges Konsumverhalten in den verschiedenen Alltagssituationen der Bürger:innen in NRW. Daher sind Ziele und Indikatoren notwendig, die die Umsetzung einer nachhaltig-gesunden Ernährung befördern bzw. abbilden.

Eine Ernährungsstrategie für NRW

Eine Ernährungsstrategie für NRW muss möglichst alle Bürger:innen ansprechen und „mitnehmen“. Dies erfordert eine transparente Kommunikation über die Ziele und Anforderungen an Lebensmittelqualität, faire Preise und Nachhaltigkeit. Eine Ernährungsstrategie sollte klare Ziele und Handlungsfelder mit operativen, messbaren Maßnahmen und Umsetzungsprozessen sowie ein ausreichendes Budget und eine klare Zuständigkeit für die organisatorisch-fachliche Koordinierung umfassen. Eine nachhaltig-gesunde Ernährung sollte für alle Bürger:innen in NRW ermöglicht werden. Dazu gehören vielfältige, leckere und abwechslungsreiche Ernährungsangebote, die das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Verbraucher:innen verbessern und die Umwelt- und Klimabelastungen im gesamten Land- und Ernährungssystem reduzieren. Es gilt nachhaltig-gesunde Ernährungsstile zu fördern, u. a. mehr Pflanze – weniger Tier. Die DGE-Empfehlungen sind ein wichtiger Maßstab für eine nachhaltig-gesunde Ernährung.

Nachhaltig-gesunde Angebote in der Außer-Haus-Verpflegung

Die Gemeinschaftsverpflegung wird von großen Teilen der Bevölkerung in NRW genutzt. Täglich essen ca. 16 Millionen Menschen in Deutschland in Kitas, Schulen, Betrieben, Heimen und anderen Einrichtungen.¹³ Die Gemeinschaftsverpflegung kann durch ihre Angebote

und Kommunikation Einfluss auf die Ernährungsgewohnheiten der Gäste nehmen. Öffentlichen Einrichtungen kommt daher bei der Umstellung der Verpflegungskonzepte eine Vorreiterrolle zu. Viele Küchen und Kantinen stehen jedoch noch am Anfang einer Umstellung hin zu nachhaltig-gesunden Verpflegungsangeboten. Es fehlt noch an Wissen, Kompetenzen und Praxiserfahrungen. Mit Schulungen und Fortbildungen kann die Umstellung in Küchen, Kantinen und bei Caterern unterstützt werden. Mit dem Projekt *Kantinenprogramm NRW* (2023-2025) fördert das Land bereits Ansätze zu Best-Practice-Betrieben und Schulungsangebote für die Akteure der Gemeinschaftsverpflegung. Eine große Hürde für die Gemeinschaftsverpflegung in NRW stellt der Arbeitskräftemangel dar. Die Zahl der Auszubildenden im Lebensmittelgewerbe in Deutschland ist von 2002 bis 2021 um 60 % zurückgegangen.¹⁴ Eine Ernährungswende ohne Fach- und Arbeitskräfte in dieser Branche ist kaum vorstellbar. In der Aus- und Weiterbildung haben sich die Rahmenbedingungen verändert, u. a. mit der Anpassung der Standardberufsbildpositionen sowie der Neufassung von Ausbildungsordnungen. Es kommt jedoch darauf an, die Inhalte zügig auch in die Ausbildungs- und damit in die Berufspraxis zu tragen.

Nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

Die Umstellung auf nachhaltige Produktionsprozesse, welche Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen erhalten und fördern, muss in NRW unterstützt werden. Düngung muss besser überwacht, Stoffstrombilanzen für Agrarbetriebe und Anreize für wasserschonende Düngerpraxis eingeführt werden. Höhere Erzeuger- und Lebensmittelpreise sind von allen Beteiligten – nicht nur von Verbraucher:innen – zu tragen. Menschen mit kleinem Budget müssen dafür einen ökonomischen Ausgleich bzw. Unterstützung vom Staat erhalten. Die derzeitige Tierhaltung bedarf eines Umbaus, u. a. um das Tierwohl deutlich zu verbessern und Umwelt- und Klimaschäden zu reduzieren.¹⁵ Mit dem Umbau der Tierhaltung auf Halstufestufe 3 und 4 sollte auch die Flächeninanspruchnahme des Futtermittelanbaus zurückgedrängt werden.¹⁶ Die freiwerdenden Flächen sind für die Erhöhung des Selbstversorgungsgrads von bestimmten Lebensmitteln, der Ausweitung des Ökolandbaus sowie der Naturschutzflächen für die Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie notwendig.¹⁷

Handel und Lebensmittelindustrie müssen ihre Geschäftsmodelle, Kommunikation und Anreize stärker auf Nachhaltigkeit ausrichten. Ernährungswirtschaft und Politik müssen Rahmenbedingungen und Anreize für eine zukunftsfähige Lebensmittelverarbeitung und entsprechende Angebote im Handel und Gemeinschaftsverpflegung schaffen, damit nachhaltige Konsumententscheidungen für Verbraucher:innen erleichtert werden.

Regionale Wertschöpfungsketten ausbauen – Resilienz verbessern

Wie die letzten Krisen zeigten, ist die Resilienz der Lieferketten auch im Lebensmittelbereich zu verbessern. Ein Ansatz ist die Lebensmittelerzeugung von regionalen Lebensmitteln zu stärken und den Selbstversorgungsgrad z. B. von Obst und Gemüse in NRW zu erhöhen. Herkunft und regionale Lebensmittel müssen für Verbraucher:innen eindeutig erkennbar sein. Zielführend sind daher eine staatliche Regionalkennzeichnung mit definierten Regionen und eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung. Der Absatz von regionalen (Öko-)Produkten und die Zusammenarbeit mit Netzwerken regionaler Erzeuger und Verarbeiter sowie Logistikern stellen eine große Herausforderung dar. Probleme bestehen bei Liefersicherheit, Produktspezifikationen sowie Logistik und Lagerung. Insgesamt gibt es zu wenig regionale Wertschöpfungsketten, weil regionale Verarbeitungsbetriebe wie etwa Molkereien, Schlachtbetriebe, Öl- und Getreidemühlen etc. fehlen. In der Regionalvermarktung gilt es die

Chancen durch Digitalisierung, Foodhubs etc. zu nutzen. Auch die Verfügbarkeit von Bio-Produkten aus NRW sollte deutlich verbessert werden. Ökobetriebe und Ökomodellregionen werden seitens der Landesregierung gefördert. Jedoch muss die Nachfrage nach heimischen Bioprodukten im Einzelhandel und der Gemeinschaftsverpflegung unterstützt werden, was gleichzeitig mit einem verringerten Einsatz von Pestiziden und synthetischen Düngemitteln verbunden wäre.

Lösungsansätze und Maßnahmen auf Landesebene und mögliche Indikatoren

Nachhaltige Ernährung

- ❖ Die Ernährungsstrategie soll klare, inhaltliche, zeitliche Umsetzungsziele mit konkreten Maßnahmen, ausreichendem Budget und klaren Zuständigkeiten benennen.
Indikator: Regelmäßige Überprüfung der Zielerreichung und Fortschreibung der Maßnahmen der Ernährungsstrategie
- ❖ Eine Ernährungsstrategie für NRW soll möglichst alle Bürger:innen ansprechen und „mitnehmen“. Daher sind geeignete Maßnahmen für die Bekanntheit und Umsetzung der Ernährungsstrategie zu ergreifen.
Indikator: Regelmäßig Bekanntheit der Ziele und Umsetzung der Maßnahmen ermitteln
- ❖ Die DGE-Empfehlungen sind wichtiger Maßstab für eine nachhaltig-gesunde Ernährung.
Indikator: Umsetzungsquote der DGE-Empfehlungen in landeseigenen und kommunalen Einrichtungen und Veranstaltungen
- ❖ Das Land unterstützt Kantinen/Mensen öffentlicher Einrichtungen zur Umstellung auf eine nachhaltig-gesunde Ernährung.
Indikator: Zahl der Beratungen und umgestellten Einrichtungen
- ❖ Das Land ergreift Maßnahmen um den Mangel an Arbeitskräften und Auszubildenden im Lebensmittelhandwerk, Küchen, Kantinen und Gastronomie zu begegnen.
Indikator: Quote der offenen Stellen für Arbeitskräfte und Auszubildende in Lebensmittelberufen in NRW

Nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

- ❖ Intensivierung und Verbesserung der Kontrollen in der Düngepraxis.
Indikator: Kontrollfrequenzen und Ergebnisse der Düngekontrollen
- ❖ Die Bioquote in der Landwirtschaft NRW wird erhöht.
Indikator: Betriebe und Flächen im Ökolandbau in NRW.
- ❖ Stärkung der regionalen landwirtschaftlichen Produktion in NRW.
Indikator: Selbstversorgungsgrad von Obst und Gemüse etc.

- ❖ Förderung von regionalen (Bio)Wertschöpfungsketten in NRW unter Berücksichtigung von Digitalisierung, KI und Foodhubs.
Indikator: Evaluierung von regionalen Vermarktungsmöglichkeiten in NRW
- ❖ Umbau der Tierhaltung zu Haltungsformen 3 und 4.
Indikatoren: Quote der Höfe, die Tierhaltung der Stufe 3 und 4 betreiben und Flächenanspruchnahme durch den Futtermittelanbau in NRW
- ❖ Handel, Lebensmittelindustrie und -handwerk stellen die Produkte und Sortimente stärker auf Nachhaltigkeit ab.
Indikator: Marktanteile von Bio-, Fair- und Regionalprodukten etc.
- ❖ Erfassung, Darstellung, Monitoring, Erhalt und Erhöhung von Biodiversität und Ökosystemleistungen in der Land- und Ernährungswirtschaft und ein Indikatorsystem entwickeln (wie beispielsweise in Österreich und der Schweiz¹⁸)

SDG 6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten - Kurzfassung NRW: Sauberes Wasser

Nach SDG 6 sollen bis 2030 die nachhaltige und ökologische Wasserwirtschaft gewahrt und gesichert werden. Auch sollen alle Menschen Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser haben.

Hierzu ist es notwendig, Wassernutzungen in den Blick zu nehmen, wie zum Beispiel urbane Flächennutzungen und -versiegelungen sowie die gesamte grün-blaue Infrastruktur. Um auch zukünftig SDG 6 zu erreichen, sind nicht nur technologische Lösungen notwendig, sondern auch eine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Positionierung und Bewusstseins-schärfung. Welches Verständnis von „zukunftsfähiger Wassernutzung“ herrscht im gesellschaftlichen Diskurs vor? Inwiefern muss das kostbarste Gut „Wasser“ schon jetzt sehr bewusst eingesetzt werden? Wie können Bürger:innen stärker eingebunden und Einträge von anthropogenen Stoffen im Abwasser vermieden werden?

Lösungsansätze und Maßnahmen auf Landesebene und mögliche Indikatoren

Stärkung der ortsnahen Regenwasserbewirtschaftung

Im Zusammenhang mit dem Klimawandel gewinnen Fragen nach der Entsiegelung von Terrassen, Gartenwegen, Garagenzufahrten und Hofflächen auf privaten Grundstücken immer mehr an Bedeutung. Zukünftig muss eindringlich die ortsnahe Bewirtschaftung des anfallenden Niederschlags verstärkt werden. Der wertvolle Boden dient zur Versickerung und als Schwamm.

Die ortsnahe Regenwasserbewirtschaftung bei privaten Grundstücken wird auch in den Kommunen mehr und mehr zum Diskussionsthema. Bei Eigentümer:innen ist das Thema Regenwasserbewirtschaftung neu: Unter welchen Bedingungen sie das anfallende Regenwasser selbst nutzen oder beseitigen können, wissen die Eigentümer:innen und Nutzer:innen von Grundstücken meist nicht. So kann beispielsweise Regenwasser mit unterirdi-

schen oder oberirdischen Speicherlösungen für die Gartenbewässerung, Waschmaschinen oder für Toilettenspülungen genutzt werden.

Es gibt ca. 400 Produkte, die durch Hauseigentümer:innen zur Anpassung des Grundstücks eingesetzt werden können.¹⁹ Dieser Umstand birgt viel Potential zur effektiven Nutzung von Brauch- und Regenwasser und zur Reduzierung des Verbrauchs von Trinkwasser für die Bewässerung. Die Einbindung der Bürger:innen in die Regenwasserbewirtschaftung und die Gestaltung urbaner Räume ist entscheidend, um eine widerstandsfähige, nachhaltige und lebenswerte städtische Umwelt zu schaffen, die den ökologischen und sozialen Bedürfnissen gerecht wird.

Spurenstoffe im Abwasser vermeiden

Die Sensibilisierung der Verbraucher:innen für den verantwortungsvollen Umgang mit Produkten, die potenziell schädliche Spurenstoffe enthalten könnten, ist sehr wichtig. Mit gezielten Informationskampagnen und Aufklärungsarbeit muss das Bewusstsein erhöht und der Einsatz schädlicher Produkte bei Konsumprodukten reduziert werden. Dazu muss eine crossmediale Kommunikation aufgebaut und Umweltbildung in Schulen integriert werden.

Entsiegelung von Grundstücken

Entsiegelung bedeutet Umwandlung versiegelter (bebauter, luft- und wasserdicht abgedeckter bzw. versiegelter) Flächen in unversiegelte, natürliche oder begrünte Flächen. Dieser Prozess ist ein wichtiger Schritt, um die ökologische Gesundheit von städtischen und ländlichen Gebieten zu verbessern, damit folglich verschiedene ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile zu erzielen und das saubere Regenwasser nutzbar zu machen. Hier sind Maßnahmen zur Begrünung von Stadträumen essenziell. Die Anlage von Grünflächen, Gemeinschaftsgärten, Parks, Baumschatten und vertikalen Gärten hilft, städtische Hitzeinseln zu mildern und das Mikroklima zu verbessern.

Zugang zu kostenlosem Trinkwasser im öffentlichen Raum

Bei voranschreitendem Klimawandel mit Hitzesommern ist der kostenlose Zugang zu Trinkwasser im öffentlichen Raum auszuweiten. Dies ist auch Vorgabe der Novelle der EU-Trinkwasserverordnung.

Indikator: Zahl der Trinkwasserspender im öffentlichen Raum

SDG 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern - Kurzfassung NRW: Nachhaltige Energie

Die Nutzung von Energie ist existentiell für alle Menschen und unsere Wirtschaftssysteme. Mit dem SDG Ziel 7 sollen bis zum Jahr 2030 alle Haushalte einen sicheren und bezahlbaren Zugang zu Energie haben. Dazu ist es nötig Energien effizienter zu nutzen und den Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Energieversorgung deutlich zu erhöhen. Neben die Ziele der Versorgungssicherheit treten die Ziele der nachhaltigen Energieerzeugung und des globalen Klimaschutzes. Mit den Zielen der Nachhaltigen Energie sind auch die Ziele

SDG 1 (keine Armut), SDG 3 (Gesundheit und Wohlergehen), SDG 12 (nachhaltiger Konsum und Produktion) sowie SDG 13 (Klimaschutz) unmittelbar verbunden.

Nachhaltige Energie in NRW

Die Landesregierung hat 2019 eine Energieversorgungsstrategie für NRW vorgelegt und im Jahr 2021 fortgeschrieben.²⁰ Darin wird betont, wie wesentlich eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung gerade für den Wirtschaftsstandort NRW ist. In der Fortschreibung 2021 wurde durch eine Beschleunigung der Zielvorgaben der Energiewende insbesondere der Flutkatastrophe Rechnung getragen, die die Klimaveränderungen so deutlich vor Augen geführt hat.

Inzwischen ist neben die Klimakrise mit Ausbruch des Ukraine-Krieges auch eine Versorgungs- und Energiepreiskrise getreten: Nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Nutzung von Öl als Treibstoff und Heizenergie soll nun auch ein schneller Ausstieg aus der Gasversorgung vollzogen werden – eine enorme Herausforderung für die privaten Haushalte, die überwiegend mit Gas heizen, aber auch für die energieintensive Industrie in NRW, die in vielen Prozessen noch auf Gas angewiesen ist. Gleichzeitig setzen die gestiegenen Preise für Energie die Wirtschaft und Haushalte gleichermaßen unter Druck. Daraus folgen die zentralen, politischen und gesetzgeberischen Herausforderungen der nächsten Jahre:

- Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und Ausbau der Erneuerbaren Energien
- Den Energiebedarf senken und Energieeffizienz fördern
- Die Kosten der Energiewende insgesamt gerecht verteilen sowie die Bezahlbarkeit der Energie und die Vermeidung sozialer Härten gewährleisten

Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung

Insbesondere Erneuerbare Energien müssen schneller ausgebaut werden. Windkraft und Solarenergie müssen zügig zum Rückgrat der Energieversorgung werden. Photovoltaik muss sowohl in der Fläche (Freiflächenanlagen) als auch innerstädtisch (Dachanlagen und kleinere Balkon-Solargeräte) vorangebracht werden.

Der Vollzug der gerade kurz vor Beschluss stehenden Gesetze zur Wärmewende (Gebäude-Energiegesetz und Wärmeplanungsgesetz) wird sehr wesentlich für die Wärmewende in NRW, ist aber auch sehr ambitioniert. Die Kommunen werden Unterstützung brauchen bei der Erstellung der kommunalen Wärmepläne. Hier muss das Land mit Umsetzungsregelungen und organisatorischen sowie finanziellen Hilfen beitragen. Für die Verbraucher:innen sind schnelle und sichere Informationen wichtig, damit sie für ihre Wärmeversorgung die richtigen Entscheidungen treffen können.

Energiebedarf senken und Effizienz steigern

Die energetische Sanierung der Gebäude muss erheblich beschleunigt werden. Neben dem Heizungstausch betrifft dies insbesondere die Ertüchtigung der Gebäudehülle. Hier ist die Etablierung von Mindesteffizienzstandards (sogenannten „MEPS“) sinnvoll. Hierzu sollten geeignete Förderprogramme auch auf Landesebene unterstützen, um Menschen mit geringerem Einkommen ebenfalls Sanierungen zu ermöglichen.

Energiepreise bezahlbar halten und Kosten der Energiewende fair verteilen

Die Versorgung mit Strom und Wärme muss sicher und bezahlbar bleiben. Insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen werden zunehmend durch hohe Energiekosten belastet. Neben den hohen Kosten am Energiemarkt für die Energieträger Öl und Gas werden auch die Belastungen durch die steigenden CO₂-Abgaben anwachsen. Hier müssen einkommensschwächere Haushalte geschützt werden und ausgewogene Hilfestellungen gegeben werden – gleichzeitig sollen Anreize zu Energiesparen und Klimaschutz erhalten bleiben. Hierzu gehört es auch, Energiearmut und Energiesperren zu vermeiden.

Eine große Herausforderung wird die faire Verteilung von Kosten der Energiewende. Förderprogramme müssen finanzschwächeren Haushalten helfen, Maßnahmen etwa bei Gebäudesanierung und Heizungstausch zu finanzieren, ebenso müssen die Lasten auch zwischen Vermieter:innen und Mieter:innen gerecht verteilt werden.

Lösungsansätze und Maßnahmen auf Landesebene und mögliche Indikatoren

- ❖ Ausbau der Erneuerbaren Energien und speziell der Solarstromerzeugung
Indikator: Anzahl und Gesamtleistung der PV-Anlagen sowie der Steckersolargeräte in NRW, CO₂-Emissionen der Stromerzeugung in NRW
- ❖ Energiebedarf senken und Effizienz steigern
Indikator: Wärmebedarf der Gebäude in NRW, Sanierungsrate der Gebäude, Fördermittel für energetische Sanierungen
- ❖ Haushalte vor Energiearmut schützen: konkrete Hilfestellungen durch Beratung, Finanzhilfen und Vermeidung von Energiesperren
Indikator: Zahl von Energiesperren betroffener Haushalte, Zahl der Beratungsangebote
- ❖ Kommunale Wärmeplanung voranbringen: durch Landesgesetze und Unterstützung müssen Kommunen in die Lage versetzt werden, zügig ihre kommunalen Wärmepläne zu erstellen und den Verbrauchern und der Wirtschaft Klarheit verschaffen
Indikator: Zahl Kommunen mit fertig erstellten und beschlossenen Wärmeplänen
- ❖ Ausstieg aus der fossilen Wärmeerzeugung
Indikator: Anzahl Wärmepumpen zur Gebäude-Wärmeversorgung, Anzahl Hausanschlüsse mit Fernwärmeversorgung
- ❖ Ziel ist eine gerechte Strompreisreform: Begrenzung der Kosten des Infrastrukturausbaus in den Tarifen; Einführung geeigneter zeitvariabler Tarife
Indikator: Anzahl Stromkunden mit Smart Meter, Anzahl der Haushalte mit Angeboten zu zeitvariablen Tarifen
- ❖ Fernwärmemarkt transparent und zukunftsfähig machen: Vertragsbedingungen, Tarife und Preise einer Fernwärmeversorgung müssen transparent und fair sein.
Indikator: Marktübersicht Fernwärmepreise NRW; Transparenz von Preisbestandteilen, Netzverlusten, weiteren Kenngrößen der Umweltfreundlichkeit

SDG 12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen - Kurzfassung NRW: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster

Nachhaltiges Produzieren ist Voraussetzung für nachhaltiges Konsumieren. Beides steht im Fokus von SDG 12. Nachhaltigere Produktions- und Konsummuster sind unabdingbar für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. Es bedarf der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Primärressourcennutzung, einhergehend mit der Transformation in ein nachhaltiges, ressourcenschonendes Kreislaufdenken in Produktion und Konsum, aber ebenso der Akzeptanzsteigerung in der Bevölkerung für einen gesellschaftlichen Transformationsprozess zu nachhaltigem Konsum. Nachhaltige Produktion geht Hand in Hand mit nachhaltigen, kreislauforientierten und ressourcenschonenden Konsum- und Nutzungsgewohnheiten bei Konsumentinnen und Konsumenten.

Bürgerschaftliches Engagement (Bezüge zu SDG 12 und SDG 16) ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie und leistet einen eigenen und wesentlichen Beitrag zur Bewältigung von gesellschaftspolitischen Herausforderungen und in Veränderungsprozessen. Es ist daher auch für die Erreichung vieler SDGs wichtig (z. B. bei der Armutsbekämpfung und im Umweltschutz). Engagement findet zu 80 Prozent auf lokaler Ebene statt. [...] Neue Engagierte, auch aus bislang unterdurchschnittlich repräsentierten Gruppen, sollen gewonnen und mobilisiert werden, um gemeinsam eine solidarische und vielfältige Gesellschaft zu gestalten, an der jede und jeder teilhaben kann.

Verbraucher:innen in der Circular Economy mitnehmen

Verbraucher:innen – junge Menschen und Erwachsene – müssen in der zirkulären Wirtschaft mitgenommen werden. Sie müssen erfahren, welche Rohstoffe in Produkten des täglichen Konsums enthalten sind und welche Beiträge sie selbst zu deren Einsparung und ihrer Führung im Stoffkreislauf leisten können, z. B. längere Verwendung, Reparatur, Secondhand-Nutzung und richtige Entsorgung.

In der öffentlichen Diskussion wird Ressourcenknappheit bisher fast ausschließlich im Zusammenhang mit Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätzen gesehen. Verbraucher:innen nehmen das Thema knapp werdender Ressourcen in politischen Diskursen wahr und sehen insbesondere zum Thema Klimawandel, also beim Verbrauch fossiler Brennstoffe, und der Landwirtschaftspolitik Handlungsbedarf. Beim Einkauf jedoch ist das Thema kaum wahrnehmbar. Die Preise für Produkte spiegeln noch nicht die realen Knappheiten wider. Im Marketing vieler Produkte und beim Einkauf stehen Kriterien der zirkulären Wirtschaft und zirkuläre Geschäftsmodelle kaum im Fokus. Dabei können Verbraucher:innen durch ihre Kaufentscheidung durchaus Einfluss auf den Ressourcenverbrauch nehmen. Durch die Wahl langlebiger Produkte und die längere Nutzung und Nutzen-statt-Besitzen-Modelle werden Umwelt und Geldbeutel geschont.

Es ist deshalb erforderlich, einer breiten Öffentlichkeit aufzuzeigen, welche Möglichkeiten bestehen, das eigene Konsumverhalten zu verändern. Der Trend zu nachhaltigen Initiativen wie Repair-Cafés, Second-Hand-Läden oder Urbanen Gärten beweist, dass immer mehr Bürger:innen zu ressourcenschonenden Lebensstilen bereit sind. Im allgemein verfügbaren Produktsortiment sind zirkuläre Produkte und Servicemodelle jedoch noch die Minderheit.

Zirkuläre Produkte und Geschäftsmodelle müssen für Verbraucher:innen leicht erkennbar sein, um die Nachfrage danach zu steigern. Hersteller sollten schon jetzt, im eigenen Inte-

resse, auf Ressourcenknappheit mit einem nachhaltigen Produktdesign reagieren und nicht nur mit einer Weitergabe der steigenden Rohstoffpreise an die Konsument:innen.

Die Politik muss der Einsparung von Rohstoffverbräuchen höchste Priorität einräumen. Und in Gesetzen, die Produkte und Abfall betreffen, klare Vorgaben machen, wie diese Abfälle vermieden werden können. Freiwillige Initiativen sind aus Sicht der Verbraucherzentrale NRW wenig zielführend, da nachhaltige Akteure am Markt ein Level Playing Field benötigen, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Folgende Maßnahmen in der Circular Economy wollen wir dabei aus Verbrauchersicht besonders hervorheben:

Gebrauchtwarenkauf/ Wiederverwendung

Noch nutzbare Produkte weiter zu nutzen ist die einfachste und ressourcensparendste Maßnahme innerhalb der Circular Economy. Hinzu kommt, dass der Gebrauchtwarenhandel lokale und oftmals auch soziale Arbeitsplätze schafft, was auch der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des Landes dient. Dennoch ist die aktuelle Quote an wiederverwendeten Produkten bzw. Vorbereitung zur Wiederverwendung noch sehr gering und mögliche Potentiale noch lange nicht ausgeschöpft. Insbesondere für die Erfassung von gut erhaltenen und noch nutzbaren Haushaltsgegenständen, Möbeln und Elektrogeräten sollten Kommunen Re-Use-Systeme oder Secondhand-Börsen anbieten bzw. ausbauen.

Für die Wiederverwendung von Produkten existiert bisher keine Quotenvorgabe. Da aber die Wiederverwendung in der Abfallhierarchie noch vor dem Recycling steht, müssen auch hierzu ambitionierte Quoten vorgegeben werden. Auch wenn einige Bevölkerungsgruppen schon viele Gebrauchtwarenangebote nutzen, ist die Steigerung der Akzeptanz von Secondhand-Waren noch zu verbessern, z. B. durch die Sicherstellung einer hohen Qualität von Secondhand-Waren (geprüfte und wiederaufgearbeitete Waren, Gewährleistung) und den Aufbau von herstellereigenen Märkten von generalüberholten Waren.

Reparatur

Reparierbarkeit und Nachrüstbarkeit und Refurbishment von Produkten sind elementare Voraussetzungen für eine hohe Werterhaltung innerhalb der zirkulären Wirtschaft. Um sich durchsetzen zu können, müssen sich diese Maßnahmen auch für Endnutzer:innen rechnen. Aktuell nehmen Verbraucher:innen aber oftmals von Reparaturen und Nachrüstung Abstand, weil Produkte nicht reparierbar/nachrüstbar konstruiert oder die entsprechenden Kosten unrealistisch hoch sind. Deshalb sehen Hersteller das Thema Reparatur nicht als Geschäftsmodell, sondern eher als Hinderungsgrund für den Absatz von Neuwaren. Maßnahmen wie die Serialisierung von Bauteilen, das Verkleben von Gehäusen oder hohe Reparaturpauschalen sind erlaubt, am Markt etabliert und verhindern eine Reparaturkultur. Die Verbraucherzentralen sind Mitglied beim Runden Tisch Reparatur. Wir verweisen daher auf das gemeinsam erstellte Positionspapier.²¹ Wir regen an die Forderungen aus dem Positionspapier in die Nachhaltigkeitsstrategie zu übernehmen.

Ökodesign

Die Gestaltung von Produkten muss zu langlebigen, leicht nachrüstbaren, reparierbaren und gut recyclebaren Produkten führen, damit die Circular Economy gelingt. Neben den EU Ökodesignvorgaben sollte stärker auf ein verbraucherfreundliches Ökodesign in der Circular Economy geachtet werden. Hierzu gehört auch das verbraucherfreundliche Design neuer

Geschäftsmodelle der Shareconomy oder von Reparaturdienstleistungen. Es sollten Produktdesigns angestrebt werden, die Verbraucher:innen selbst einfache Reparaturen oder Nachrüstungen von Produkten zu geringen Kosten ermöglichen.

Maßnahmen und Lösungsansätze auf Landesebene

- ❖ Erhöhung der Menge an Elektrogeräten, die als Secondhand-Ware weiter genutzt werden, sofern dies aus Energieeffizienzgründen sinnvoll ist und die Förderung der weiteren Nutzung intakter Möbel, die bislang als Sperrmüll nicht verwertet werden. Hierfür können sowohl die kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe als auch Sozialunternehmen in der Gründung von Secondhandkaufhäusern oder Kleider- und Möbelbörsen unterstützt werden. Hier sei beispielsweise die schon existierende Recyclingbörse Herford genannt und der Verein ReUse Deutschland, der sich der Thematik angenommen hat.
Indikator: Zahl/Umsatz der Second-Hand-Branche in NRW
- ❖ Eine analoge Umsetzung des Reparaturbonus wie er in Thüringen und Österreich existiert, kann auch für NRW als machbar angesehen werden. Voraussetzung wäre, dass das Projektvolumen und die Personalausstattung an die Bevölkerungsgröße in NRW angepasst werden, damit der Fördertopf nicht vorschnell geleert ist. Eine Finanzierung über Gelder zum Klimaschutz sollte geprüft werden.
Indikator: Einrichtung und Volumen eines Reparaturbonus-Programms
- ❖ Das Land NRW möge sich auf Bundesebene für eine Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Reparaturen einsetzen.
- ❖ Im Rahmen von Wirtschaftsförderung sollen verbraucherfreundliche Aspekte des Ökodesigns stärker berücksichtigt werden.
- ❖ Projekte und Initiativen wie Repair-Cafés, FabLabs, Nähcafés und Bauteilbörsen sind auf Landesebene finanziell in ihren Aktivitäten zu unterstützen, damit Bürger:innen es leichter haben, Zugang zu ihren Angeboten zu bekommen und die Gründung neuer Initiativen vereinfacht ist.
- ❖ Förderung lokaler Reparaturhandwerksbetriebe
- ❖ Unterstützung von Kampagnen und Maßnahmen der Verbraucherbildung und Information zu Angeboten, Chancen und Vorteilen der zirkulären Wirtschaft.

Bürgerschaftliches Engagement für nachhaltigen Konsum

Seit Jahren verzeichnet das Engagement in Gemeinschaftsgärten, Reparaturwerkstätten sowie weiteren Initiativen, die sich in den Bereichen Tauschen, Teilen, Leihen, Schenken und Eigenanbau von Gemüse und Obst für einen nachhaltigeren Konsum einsetzen, wachsenden Zulauf. Dieses Engagement leistet wichtige Impulse für mehr Wertschätzung von Lebensmitteln und begrenzten Ressourcen und zeigt vorbildhaft auf, wie nachhaltige Lebensstile – auf deren Förderung SDG 12 u. a. abzielt – praktiziert werden können. Während es in anderen Ehrenamtsebenen wie z. B. Sport oder Soziales, aber auch im Natur- und Umweltschutz (z. B. NABU NRW, BUND NRW), bereits etablierte landesweite Organisatio-

nen mit hauptamtlichen Mitarbeitenden gibt, die die Arbeit lokaler Gruppen auf höherer Ebene begleiten, sind diese Strukturen im Bereich des nachhaltigen Konsums noch relativ schwach ausgebildet.

Bei den genannten Nachhaltigkeits-Initiativen handelt es sich meist um typische Graswurzel-Organisationen, die eigeninitiativ durch engagierte Bürger:innen gegründet wurden und keine Anbindung an übergeordnete Dach-Organisationen auf höherer Ebene haben (eine Ausnahme ist der Foodsharing e. V.). Vielen der lokalen Initiativen fehlt es an Möglichkeiten für strukturierten Austausch mit Gleichgesinnten, an unbürokratischem Zugang zu Fördermitteln, sowie an Unterstützung bei zentralen Themen wie Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliedermanagement, Festlegung der Rechtsform oder interner Organisation.

Die Verbraucherzentrale NRW hat im Rahmen verschiedener Förderprojekte von 2016-2022 das Engagement zum nachhaltigen Konsum im Rahmen der EFRE-Projekte MehrWert NRW, MehrWertKonsum und MehrWert21 unterstützt und zahlreiche Maßnahmen (u. a. Workshops, Vernetzungstreffen, Aufbereitung von Fachwissen, Bekanntmachung der Initiativen) umgesetzt. Seit Anfang 2023 werden weitere Maßnahmen im Rheinischen Revier im Rahmen des vom BMUV und der Landesregierung NRW geförderten Projekts MehrWertRevier (2023-2025) durchgeführt. NRW-weite Maßnahmen werden in einem begrenzten Umfang bis 12/2023 durch das Projekt „NRW – nachhaltig – engagiert“ umgesetzt.

Lösungsansätze und Maßnahmen auf Landesebene

- Das Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ fortsetzen und weitere unbürokratische Formen finanzieller Förderung etablieren, die insbesondere auch nichtrechtsfähige Empfänger:innen wie Initiativen einschließen.
Indikator: Einrichtung/Fortsetzung und Volumen eines Initiativen-Förderprogramms
- Vernetzungs- und Weiterentwicklungs-Angebote für Nachhaltigkeits-Initiativen in Nachfolge des Projekts „NRW – nachhaltig – engagiert“ fördern, Sichtbarkeit und Wertschätzung für Engagierte sicherstellen sowie neue Zielgruppen für das Engagement für Nachhaltigkeit gewinnen.

SDG 13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen – Kurzfassung NRW: Klimaschutz und Klimaanpassung

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag²² zum Klimaschutzabkommen von Paris und teilt das dort verankerte Ziel, bis zur Mitte des Jahrhunderts weitgehend treibhausgasneutral zu wirtschaften. Das Thema Klimaschutz ist daher wesentlicher Bestandteil der politischen Agenda in Nordrhein-Westfalen. Nach SDG 13 sollen die Pariser Klimaziele erreicht werden und nicht nur auf Folgeerscheinungen wie Extremwetterereignisse direkt reagiert werden.

Im Juli 2021 hat Nordrhein-Westfalen als erstes deutsches Bundesland und noch vor dem Bund ein eigenständiges Klimaanpassungsgesetz (KIAnG) verabschiedet. Dieses bildet eine

solide gesetzliche Grundlage für alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten zur Anpassung an den Klimawandel auch auf kommunaler Ebene.

Wie es das Gesetz vorgibt, wird das Land Nordrhein-Westfalen in einem nächsten Schritt eine eigene Klimaanpassungsstrategie (KIAAnS) vorlegen. Diese Strategie muss möglichst alle Bürger:innen ansprechen und „mitnehmen“. Dies erfordert eine transparente Kommunikation über die Ziele und Anforderungen an Wohnqualität, Anpassungs- und Konsumverhalten. Eine Klimaanpassungsstrategie sollte klare Ziele und Handlungsfelder mit operativen, messbaren Maßnahmen und Umsetzungsprozessen sowie ein ausreichendes Budget für eine organisatorisch-fachliche Koordinierung umfassen. Die folgenden konkreten Maßnahmen und Indikatoren sind auf jeden Fall zur Erreichung von nachhaltig-gesunden klimatischen Bedingungen notwendig.

Lösungsansätze und Maßnahmen auf Landesebene und mögliche Indikatoren

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfordert oft nicht nur technische Anpassungen, sondern auch die aktive Beteiligung der Gemeinschaft und die Zusammenarbeit zwischen Bürger:innen, Unternehmen, Stadtplaner:innen und Behörden. Niedrigschwellige Ansätze sind wichtig, um sicherzustellen, dass eine breite Palette von Menschen dazu in der Lage ist, zur Klimaanpassung beizutragen. Die Einbindung der Bürger:innen in die Regenwasserbewirtschaftung und die Gestaltung urbaner Räume ist entscheidend, um eine widerstandsfähige, nachhaltige und lebenswerte städtische Umwelt zu schaffen, die den ökologischen und sozialen Bedürfnissen gerecht wird. Der Gebäudebestand sollte nicht nur langfristig klimaneutral sondern auch klimaangepasst gestellt werden. Dazu gehört neben einer energieeffizienten Bauweise auch das Auslegen der Gebäudehülle zum Anbringen einer Fassaden- und Dachbegrünung.

Starkregenvorsorge

Flächendeckende Installation von Maßnahmen zur rechtzeitigen Erkennung, präventiven Planung und effektiven Reaktion auf starke Regenfälle sind nötig, um Überflutungen und Schäden an Infrastruktur und Lebensraum zu minimieren. Die Installation von Regentonnen, Zisternen oder wasserdurchlässigen Pflastersteinen ist zur Wasserspeicherung und -nutzung dienlich. So lässt sich Regenwasser zurückzuhalten und bei Bedarf zur Bewässerung nutzen.

Indikator: Umfang von Förderprogrammen und Beratung zur Starkregenvorsorge

Begrünung von Dächern und Fassaden

Die Anlage von begrünten Dächern und Fassaden trägt nicht nur zur Kühlung bei, sondern kann auch die Gebäudeisolierung verbessern und die Energieeffizienz steigern. Rankende Pflanzen oder vertikale Gärten an Gebäudefassaden tragen dazu bei, die Umgebungstemperatur zu senken und die Luftqualität zu verbessern.

Indikator: Umfang begrünter Dachflächen

Biodiversität fördern

Entsiegelte Flächen bieten Lebensraum für Pflanzen und Tiere, die in versiegelten urbanen Gebieten oft keinen Platz finden. Dies trägt zur Erhaltung der Biodiversität bei.

Standortangepasste Pflanzenwahl

Die Bepflanzung von öffentlichen und privaten Flächen mit trockenheitsverträglichen Pflanzenarten reduziert den Wasserbedarf und unterstützt die Anpassung an höhere Temperaturen.

Wärmeinsel-Mapping

Durch die Erfassung von Temperaturdaten können besonders heiße Gebiete identifiziert werden, was zu zielgerichteten Maßnahmen führt.

Gemeinschaftliche Raumgestaltung

Bürgerbeteiligung bei der Umgestaltung von Stadtteilen kann sicherstellen, dass Klimaanpassungsmaßnahmen den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechen und besser akzeptiert werden.

Bewusstseinsbildung und Bildung

Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Hitzegefahren und zur Förderung von Schutzmaßnahmen können die Bürger:innen dazu ermutigen, sich selbst zu schützen und zur Minderung der Hitze beizutragen.

LITERATUR

- ¹ Creditreform (2022). SchuldnerAtlas Deutschland 2022. Online unter: https://www.creditreform.de/fileadmin/user_upload/central_files/News/News_Wirtschaftsforschung/2022/SchuldnerAtlas_Deutschland/2022-11-15_AY_OE_SchuldnerAtlas_Deutschland_2022.pdf.
- ² AG SBV(2023). Die Preise steigen – die Probleme mit dem Geld und der Bedarf nach Beratung auch. Online unter: https://www.agsbv.de/wp-content/uploads/2023/06/2023_Erhebung_Schuldnerberatung_Fruhjahr.pdf.
- ³ IT.NRW (Mai 2023). NRW: 3,3 Millionen Menschen waren 2022 armutsgefährdet.
- ⁴ FAO, IFAD, UNICEF, WFP & WHO (2022). The State of Food Security and Nutrition in the World; WBAE beim BMEL (2023). Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen. Stellungnahme.
- ⁵ Tafel NRW e.V. (2023). Tafel NRW e.V. stärkt als Landesverband über 170 Tafeln in NRW den Rücken.
- ⁶ FÖS (2021). Ernährungsarmut: In Deutschland (k)ein Thema?. Policy Brief 12/2021.
- ⁷ Eigene Berechnung aufgrund von: Statistisches Bundesamt (Juli 2023). Verbraucherpreisindex Nahrungsmittel.
- ⁸ Hans-Böckler-Stiftung, IMK (2023). Inflationsmonitor Juli 2023; Statistisches Bundesamt (2022). Struktur Konsumausgaben privater Haushalte 2021; IT.NRW (2023). Pressemeldung 93/23, 28. März 2023.
- ⁹ WBAE beim BMEL (2023). Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen. Stellungnahme.
- ¹⁰ Deutscher Bundestag, Wissenschaftlicher Dienst (2022). Kosten einer Ernährung nach den Empfehlungen der DGE; Hohoff, E. et al. (2022). Food costs for vegetarian, vegan and omnivore child nutrition: is a sustainable diet feasible with Hartz IV. Ernährungsumschau, 69(9), 136-40; Kabisch, S. et al. (2021). Affordability of different isocaloric healthy diets in Germany – An assessment of food prices for seven distinct food patterns. Nutrients, 13(9), 3037.
- ¹¹ Biesalski, H. K. (2021). Ernährungsarmut bei Kindern – Ursachen, Folgen, COVID-19. Aktuelle Ernährungsmedizin, 46/05; Gallegos, D. et al. (2021). Food insecurity and child development: A state-of-the-art review. International Journal of Environmental Research and public health, 18(17), 8990.
- ¹² Verbraucherzentrale NRW e. V. (2023). GUTES ESSEN FÜR ALLE IN NRW. Positionen und Forderungen bei erheblich gestiegenen Lebensmittelpreisen. Online unter: https://www.verbraucherzentrale.nrw/sites/default/files/2023-03/pospap-lm-preise_vznrw.pdf.
- ¹³ DGE (o. J.). Nachhaltigkeit - Ziele für Nachhaltige Entwicklung. Online unter: <https://www.dge.de/gesundernaehrung/nachhaltigkeit/>.
- ¹⁴ Zentralverband des deutschen Handwerks (2021). Kennzahlen des Handwerks. Online unter: <https://www.zdh.de/daten-und-fakten/kennzahlen-des-handwerks/>.
- ¹⁵ Zukunftskommission Landwirtschaft (2021). Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Online unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf>.
- ¹⁶ 2022 belegte der Anbau von Futtermitteln 60 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands. 51,4 % der Deutschen fordern wirksame Maßnahmen, um diesen Anteil zugunsten einer stärkeren Ernährungssicherheit zu senken. WWF (2022). Welternährung: Umfrage zu deutschem Tierfutteranbau. Online unter: <https://www.wwf.de/2022/oktober/welternahrung-umfrage-zu-deutschem-tierfutteranbau>.
- ¹⁷ Nach der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2030 sollen 30 Prozent der Landesfläche unter rechtlich verbindlichen Schutz gestellt werden. Für zehn Prozent soll sogar strikter Schutz gelten, um die biologische Vielfalt zu erhalten und die Ökosysteme zu stärken. Deutschland liegt bei der Ausweisung strenger Naturschutzgebiete im EU-Vergleich mit derzeit 0,6 Prozent ausgewiesener Schutzfläche auf dem drittletzten Platz der 27 EU-Staaten.
- ¹⁸ Umweltbundesamt Österreich (2022). Erfassung und Darstellung von Ökosystemleistungen in Österreich. Online unter: <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0693.pdf>; Bundesamt für Umwelt

Schweiz (2011). Indikatoren für Ökosystemleistungen. Online unter:
https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/wirtschaft-konsum/uw-umwelt-wissen/indikatoren_fueroekosystemleistungen.pdf.download.pdf/indikatoren_fueroekosystemleistungen.pdf.

¹⁹ Fbr - Bundesverbands für Betriebs- und Regenwasser e. V. (2022). Marktübersicht Regenwassernutzung und Regenwasserbewirtschaftung, Herausgabe 2021/2022.

²⁰ Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (2021). Fortschreibung der Energieversorgungsstrategie. Online unter:
https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/documents/2021-12-16_fortschreibung_evs_nrw_veroeffentlichung.pdf.

²¹ Runder Tisch Reparatur (o. J.). Forderungen und Diskussionspapier des Runden Tisches Reparatur. Online unter: https://runder-tisch-reparatur.de/wp-content/uploads/2015/11/Positionspapier_RunderTisch.pdf.

²² ZUKUNFTSVERTRAG FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN. Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022–2027. Online unter: <https://www.cdu-nrw.de/zukunftsvertrag-fuer-nordrhein-westfalen-koalitionsvereinbarung-von-cdu-und-gruenen-2022-bis-2027>